

**Antrag Nr. 6**

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 164. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien**

## **Nein zum sozialen Backlash in Wien**

Der Sozial- und Gesundheitsbereich befindet sich in allen Bundesländern permanent unter Druck. Einsparungen, Leistungskürzungen, Um- oder Ausgliederungen stehen auf der Tagesordnung. Auch in Wien werden Subventionen für Einrichtungen und Projekte gekürzt, die Gelder trotz Inflation und Gehaltserhöhungen nicht angehoben oder bei gleich bleibenden finanziellen Mitteln die Aufträge ausgeweitet bzw. die ansteigenden KlientInnenzahlen nicht abgegolten. Beispiele: Mobile Frühförderung und Familienbegleitung, Sexarbeiterinnen-Beratung, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Pflege und Betreuung von alten und behinderten Menschen, ...

Die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich müssen eine fortschreitende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in dieser ohnedies unterbezahlten Branche, in der überwiegend Frauen arbeiten, feststellen. Die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die mit einer laufenden Intensivierung der Arbeit einhergehen, gehen auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten wie auch auf Kosten der LeistungsbezieherInnen (KlientInnen, PatientInnen, ...).

Im Gegenteil wäre aber eigentlich eine finanzielle Aufstockung erforderlich, um die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Gesundheits- und Sozialleistungen dauerhaft sicher zu stellen und die über die psychischen und physischen Grenzen gehende Arbeitsintensivierung für die Beschäftigten wieder zu reduzieren.

### **Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:**

- Durch intensive Bemühungen konnten in den letzten Jahren zusätzlich hunderte Millionen Euro für die Pflege erstritten werden. Trotzdem ist die Finanzierung von Pflege und sozialen Dienstleistungen nicht nachhaltig gesichert – daher ist die Forderung nach einer Sozialmilliarde wichtiger denn je! Die AK Wien wird sich in Zukunft verstärkt dafür einsetzen, dass die Sozialmilliarde beschlossen und der Sozial- und Gesundheitsbereich mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet wird.
- Die Unterstützung und Initiierung politischer, gewerkschaftlicher und betrieblicher Kampagnen für massiv mehr Ressourcen (zusätzlicher Personaleinsatz, bessere

Ausstattung, höhere Gehälter) in allen Bereichen der Sozial- und Gesundheitsbranche

- Unterstützung von Initiativen der Beschäftigten und BetriebsrätInnen gegen Einsparungen und Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich.
- AK-KammerrätInnen mit politischen Funktionen und/oder Mandaten, egal auf welcher Ebene, sollen sich aktiv Einsparungen und Kürzungen widersetzen und für eine finanzielle Aufstockung für qualitativ hochwertige Gesundheits- und Sozialleistungen – im Sinne der Beschäftigten und der Bevölkerung – eintreten.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------